

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 17 (1991)
Heft: 2

Rubrik: Reflexe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

REFLEXE

59 Prozent der Schweizer Bevölkerung befürworten gemäss einer Umfrage des „Brückenbauers“ eine kontrollierte, ärztlich verschriebene **Heroinabgabe**. Gleichzeitig lehnen jedoch aufgrund derselben Umfrage 63 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer eine Legalisierung des Cannabis ab. (Baz/spk, 2.4.91)

REFLEXE

Im Juni 91 soll in **Basel** das seit langem vom Justizdepartement geplante und vorbereitete „**Gassenzimmer**“ eröffnet werden. Gleichzeitig wird nach dem Willen des Gesamtregierungsrates die finanzielle Unterstützung des seit Jahren auf privater Basis betriebene „Fixerstübli“ aufgehoben - gegen den Willen des SP-Sanitätsdirektors Remo Gysin. Auf Anregung des Verein Schweizer Drogenfachleute VSD wird gegenwärtig auch ein **repräsentativer Versuch für eine Heroinabgabe** in Basel, Zürich und Bern geprüft. 200 HeroinkonsumentInnen sollen per Losentscheid ausgewählt werden. (WoZ, 15.3.91)

REFLEXE

Als erste Schweizer Stadt hat Basel Ende Februar den **ersten Spritzenautomaten** in Betrieb genommen. Obwohl innerhalb der ersten drei Wochen lediglich 450 Spritzen am umgebauten Zigarettenautomat bezogen worden sind, soll der Versuch fortgesetzt werden. 85% der Spritzen werden im Kleinbasler Fixerstübli abgegeben. (TA 7.3 und 25.4.91)

REFLEXE

Die Aufstellung des vom Basler Drogenstammtisch geplanten und finanzierten **Fixer-Containers** in Kleinbasel zur Entlastung des bisherigen „Fixerstüblis“ ist von den städtischen Behörden gestoppt worden. Die Installierung des Containers sei nicht bewilligt gewesen, kritisierte das Baudepartement, respektive der in drogenpolitischen Fragen nicht unbekannte Regierungsrat Peter Facklam als Stellvertreter des zur Zeit abwesenden Bau-Departementschef- und Bewilligungen gibt es in der Regel nicht, wie die langjährigen Vorbereitungsbemühungen bereits bewiesen haben. (BaZ und TA, 2.5.91)

REFLEXE

Härteres Vorgehen gegen die Drogenszene auf dem Zürcher Platzspitz: Die Staatsanwaltschaft will verstärkt gegen die Sogwirkung der Drogenszene und die Drogenhändler vorgehen und allfällige Neueinsteiger abschrecken. Dazu sei ein engeres Zusammengehen mit der Polizei geplant, die mehr Präsenz markieren werde. Neuerdings werden von 22 bis 06 Uhr in der Früh zwei Zugangswege zum Platzspitz mit massiven Eisentoren abgesperrt. (TA/NZZ 4. und 25. April 91)

REFLEXE

Nahezu vier Millionen Spritzen wurden in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen des Interventionsprojektes ZIPP-Aids auf dem Zürcher Platzspitz abgegeben. Die Verantwortlichen schätzen, dass sie damit sicher Dutzende, wahrscheinlich jedoch Hunderte von HIV-Neuinfektionen verhindert haben. Der Tagesdurchschnitt betrug zuletzt rund 7'000 abgegebene Spritzen. Zudem wurden im Jahre 1990 über 2'000 Reanimationen erfolgreich durchgeführt - mehr als fünf pro Tag! (Div. Tageszeitungen 12.3.91)

REFLEXE

Nach dem **Nein der St. Galler StimmbürgerInnen** zu einem jährlich wiederkehrenden Beitrag an den offiziellen Fixerraum ist dieser per Ende März geschlossen worden. (ap, 3. und 6. 3.91). Dezentrale und mobile Lösungen zur Spritzenabgabe stehen nun bei der Bewältigung der konkreten Alltagsprobleme der Drogenabhängigen im Vordergrund. Seit dem 29. April 91 ist ein Spritzenaustausch-Projekt angelaufen, wo während der ganzen Woche in den Abendstunden von 16 bis 22 Uhr alte gegen neue Spritzen eingetauscht werden können. Zudem werden in Diskussionen die Voraussetzungen geklärt, ob ein privates „Fixerstübli“ wie in Basel realisierbar wäre. (St. Galler TB, 5. und 16.3.91)

REFLEXE

Biel wird aus aidspräventiven Gründen nun auch einen **Spritzenbus** erhalten. Die Kosten betragen rund 190'000 Franken pro Jahr. Damit will die Bieler Betäubungsmittelkommission die Spritzenab-

gabe vor allem an den Abenden und Wochenenden sicherstellen können, wenn die Apotheken geschlossen haben. (Journal du Jura, 28. 3. 91)

REFLEXE

Kurz bevor der Bundesrat seine Entscheidungen in Sachen Drogenpolitik auf den Tisch gelegt hat (s. DrogenMagazin „Die kette“ 1/91), haben sich 71 Nationalrätinnen und Nationalräte in einer Motion zuhanden des Bundesrates für eine **Totalrevision des Betäubungsmittelgesetzes** und ein modernes Suchtpräventionsgesetz ausgesprochen. Der persönliche Vorstoss geht auf SP-Nationalrat Alfred Neukomm zurück, der Präsident der Parlamentarischen Gruppe für Alkohol und Drogenfragen ist. In nur zwei Tagen gelang es ihm, über einen Drittel aller Nationalräte quer durch alle Fraktionen zu einer Unterstützung seiner Motion zu gewinnen - wohl in Vorahnung dessen, was dann entschieden wurde. (NZZ/sda, 28. 1.91)

REFLEXE

280 Drogentote wurden gemäss Statistik der Bundesanwaltschaft im vergangenen Jahr in der Schweiz gezählt. Das sind drei Mal mehr als 1980 und doppelt so viele, wie 1986. In den Städten mit grossen offenen Drogenszenen wurden in absoluten Zahlen jeweils die meisten Drogentoten festgestellt: In Zürich waren es 66 Tote, in Bern 58 und in Basel Stadt 16. 1990 wurden zudem 186,2 Kilogramm (Gassen-)Heroin, 339,3 Kilo Kokain und 513,8 Kilo Cannabisprodukte beschlagnahmt. Umliegende Länder berechnen die beschlagnahmten Mengen in Tonnenbeträgen. (NZZ/AP, 22.4.91)

REFLEXE

Wenig Verständnis für die Drogenpolitik Berns und Zürichs bringen die Verantwortlichen für die Waadtländer Drogenpolitik auf. Der Kanton Waadt wird auch künftig auf eine staatliche Abgabe von Spritzen und Drogen sowie eine Legalisierung von Cannabisprodukten verzichten. (NZZ, 12.4.91)

REFLEXE

Dass die **Waadtländer Regierung nicht im Namen des Volkes**

spricht, machte eine Umfrage des Lausanner Instituts für Sozial- und Präventivmedizin IUMSP deutlich: Laut dieser repräsentativen Umfrage befürworten vier von fünf Befragten BewohnerInnen in der Romandie die Spritzenabgabe. Hinter der repressiven Haltung der Regierung stehe vor allem der Vorsteher des Gesundheitsdepartementes Philippe Pidoux, der bei der Vernehmlassung zum Drogenbericht eigenmächtig gehandelt und nicht einmal die eingesetzte Kommission angehört habe. (Rheinthalische Volkszeitung, 21. 2.91)

REFLEXE

Basel will mit einer grossangelegten Kampagne für Suchtprophylaxe werben. Der Grosse Rat hat „**Zur Sache Sucht**“ 500'000 Franken beantragt und erhält überdies vom Bund für das Pilotprojekt einen Zuschuss von 200'000 Franken. Die Kampagne richtet sich gegen den Missbrauch aller Drogen, einschliesslich der legalen Volksdrogen Tabak, Alkohol und Medikamente. (BaZ, 22.3.91)

REFLEXE

Wie mann's macht, macht mann's falsch: Die **Drogenbroschüre der Polizeidirektoren** stösst auf **heftige Ablehnung**. Nicht (nur) bei den Befürwortern einer Legalisierung des Konsums, sondern pikanterweise vor allem auch bei der Polizei - in der Romandie! Die polizeinternen Kritiker werfen der als Hilfe bei der Bekämpfung des Drogenproblems gedachten Broschüre vor, einem „Verkaufsprospekt für Drogen“ zu ähneln. (Sonntagszeitung, 11.11.90)

REFLEXE

Spielsucht kann durchaus mit Opiatabhängigkeit verglichen werden - sowohl was den Rauschzustand, wie auch die finanzielle Belastung betrifft. Dieses Fazit wurde an einer Fachtagung der Pro Mente Sana an der Paulus Akademie in Zürich gezogen. Im Kanton Zürich soll das Volk nun über die weitere Zulassung von Geldspielautomaten entscheiden, nachdem der Kantonsrat eine entsprechende Initiative abgelehnt hatte. Die Hälfte aller 26 Schweizer Kantone verbieten Geldspielautomaten bereits auf ihrem Kantonsgebiet. Die grösste Dichte von Geldspielautomaten herrscht mit 59 Automaten

pro 100'000 EinwohnerInnen in Freiburg, dem einzigen Westschweizer Kanton, der Geldspielautomaten zulässt, gefolgt von Zürich mit 56 und Nidwalden mit 54. (TA, 18.3.91, LNN, 5.4.91, BaZ, 6.4.91)

REFLEXE

Kein blauer (Marihuana-) Dunst mehr in Alaska: Seit März dieses Jahres darf in Alaska kein Marihuana mehr geraucht werden. 54 Prozent der Bevölkerung hatte sich im vergangenen November an der Urne für ein solches Verbot ausgesprochen. Der Entscheid wird von Bürgerrechtlern jedoch angefochten: Denn Alaska kannte nicht nur 16 Jahre lang das liberalste Marihuana-Gesetz, sondern verfügt - immer noch - als einer der wenigen amerikanischen Bundesstaaten über ein Persönlichkeitsrecht, das in der Verfassung verankert ist. Gestützt auf dieses, wollen Bürgerrechtsgruppen diesen Volksentscheid nun wieder umstossen. Gleichzeitig argumentieren sie damit, dass per Wählerentscheid nicht ein Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofes umgestossen werden dürfe: 1975 hatte dieser nämlich entschieden, dass Erwachsene das Recht haben, bis zu 122 Gramm Marihuana-Produkte straffrei zu Hause aufzubewahren, da das Gesundheitsrisiko durch Marihuana ein Verbot nicht rechtfertigen würde.

REFLEXE

Auch in Hamburg laufen die Diskussionen und Vorbereitungen für einen „**Druckraum**“, wo sich Süchtige unter hygienisch unproblematischeren Bedingungen als auf der Gasse ihren Schuss setzen können. (ap., 8.4.91)

REFLEXE

Auch der **argentinische Präsident Carlos Menem** will gemeinsam mit den USA den **Drogenkrieg** im eigenen Land verstärken. Mit Luftaufklärungsaktionen sollen Kokaplantagen, geheime Landeplätze und Drogenhandelsaktivitäten ausgeforscht werden. Ein „Anti-Mafia-Gesetz“ soll den Drogenhandel und -schmuggel sowie die Korruption bekämpfen helfen. (NZZ, 20./21.4.91)

REFLEXE

Von den Ende Februar 91 dem Bun-

desamt für Gesundheitswesen BAG gemeldeten 1'730 kumulierten Aids-Fällen waren **1'009 PatientInnen bereits verstorben**. Insgesamt sind 1'405 Männer und 325 Frauen an der Immunschwächekrankheit Aids erkrankt, respektive 839 männliche und 170 weibliche Tote zu verzeichnen. (BAG-Bulletin Nr. 11, 25.3.91)

REFLEXE

Seit dem 15. April 1991 ist das Bundesgesetz und die dazugehörenden Ausführungsbestimmungen über die einmaligen, freiwilligen Leistungen des Bundes (50'000 Franken) an in der Schweiz **infizierte Hämophilie-Patienten und BluttransfusionsempfängerInnen** in Kraft. Bis zum 14. April 1996 können sich direkt oder indirekt Betroffenen beim Bundesamt für Gesundheitswesen, Abteilung Medizin, „Bundesleistungen“, Hess-Strasse 27 E, Postfach, 3097 Bern-Liebelfeld melden. (Bulletin des BAG, Nr. 14, 15.4.91)

REFLEXE

Anfangs Februar ist in Bern eine **Dachorganisation für Menschen mit Aids** gegründet worden. Der Schweizerische Verein PWA (People With Aids) will den Informationsaustausch zwischen und die Aktivitäten von lokalen Selbsthilfegruppen fördern. Betroffene aktiv in medizinischen, juristischen und psychosozialen Bereichen vertreten und sich gegen jede Form der Diskriminierung in allen Lebensbereichen zur Wehr setzen.

Kontaktadresse: Schweizerischer Verein PWA, Case postale 126, 1211 Genève 7.

REFLEXE

„**Geldwäscher-Strafnorm praktisch wirkungslos**“ Der Bundesrat will neu mit flankierenden Massnahmen zu den geltenden Geldwäschereigesetzen die Drogenmafia härter anfassen können und sie damit dort treffen, wo sie am empfindlichsten ist: Beim Profit. Doch die vorgeschlagenen Massnahmen scheinen in den Augen vieler Praktiker nicht auszureichen: „Die Absicht ist gut, doch die vorgeschlagenen Instrumente genügen nicht“, oder sie werden als „praktisch wirkungslos“ bezeichnet. Verschiedene Fachleute fordern deshalb vom Bundesrat, neu auch ein Melderecht für Bankbeamte einzuführen, die

dann verdächtige Transaktionen den Behörden melden könnten, ohne das Bankgeheimnis verletzen zu müssen. Ebenso wird eine Umkehr der Beweislast bei konfiszierten Geldern verlangt: Neu müssten dann beschuldigte Drogenhändler die Legalität der Herkunft der Gelder beweisen müssen. Die bisherige Regelung konnte nicht verhindern, dass in vielen Fällen der klagende Staat - obwohl Grund zur Annahme bestand, dass das auf Schweizer Bankkonten schlummernde Geld aus Drogengeschäften stammte - nicht beschlagnahmt werden konnte, da der äusserst komplizierte Nachweis der deliktischen Herkunft nicht bewiesen werden konnte. Nach Meinung der Fachleute müssten künftig in der Schweiz auch Personen bestraft werden können, die einer kriminellen Organisation angehören. Da in der Schweiz diese Organisationen noch kaum Fuss gefasst hätten, sei nicht mit einer Prozesslawine zu rechnen: Erleichtern würde dieser Straftatbestand jedoch die Gewährung von Rechtshilfe an fremde Staaten, wenn gegen eine Person ermittelt wird, die über Bankkonten verfügt, auf denen „schmutzige Geldern“ vermutet werden.

(TA, 8. u. 10.4.91; NZZ, 16/17.3. u. 10.4.91)

REFLEXE

Bern. - Die Stop-Aids-Kampagnen des Bundesamts für Gesundheitswesen (BAG) zeigen Wirkung: Während der Gebrauch von Präservativen seit 1987 sprunghaft angestiegen ist, verzichten immer mehr Jugendliche auf häufigen Partnerwechsel. Zu diesen Schlussfolgerungen kommt der dritte Evaluationsbericht des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne.

Das Institut evaluiert seit 1986 die Stop-Aids-Kampagnen im Auftrag des BAG. In die Untersuchungen einbezogen werden insbesondere Jugendliche, Lehrlinge, Drogenabhängige, Homosexuelle und Ausländer.

Im Bericht sticht das veränderte Sexualleben der 17- bis 20jährigen Jugendlichen hervor: Der Anteil jener, die bereits mit drei oder mehr Partnerinnen oder Partnern Kontakt gehabt hatten, ging zwischen 1987 und 1990 von 53 auf 40 Prozent zurück. BAG-Direktor Bertino Somaini unterstrich in diesem Zusammenhang die konstruktive Rolle der Eltern, die „erfreulicherwei-

se“ nicht zur Enthaltensamkeit, sondern zum Gebrauch von Präservativen rieten.

Besonders augenfällig sind die Erfolge der Anti-Aids-Kampagnen laut Bericht auch im Bereich der Ansteckungsverhütung. Die Verwendung von Präservativen bei Partnerwechseln stieg bei den Befragten zwischen Januar 1987 und Oktober 1990 von 19 auf 73 Prozent. Mit Genugtuung wird im Bericht zudem vermerkt, dass die wichtigsten Übertragungswege des HIV-Virus (Sexualkontakte und Spritzentausch) in der ganzen Bevölkerung gut bekannt seien. Dies treffe auch auf die ausländische Wohnbevölkerung zu.

Auch in der Drogenszene nehme die Bereitschaft zur Aids-Prävention zu, erklärte Dominique Hauser vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin. Alle verfügbaren Studien zeigten, dass Spritzentausch selten vorkomme, sofern saubere Spritzen verfügbar und leicht zu beschaffen seien. TA 7. Mai

REFLEXE

Bern. - Im Rauschgifthandel ist bei den grossen internationalen Transaktionen wie im Klein- und Strassenhandel eine steigende Professionalisierung festzustellen. Zu dieser Diagnose kam die Arbeitsgruppe Südwest von Fachleuten der Drogenbekämpfung aus mehreren Ländern an ihrer zweitägigen Sitzung Mitte April in Bern, wie die Zentralstelle zur Bekämpfung des illegalen Betäubungsmittelverkehrs in der Bundesanwaltschaft mitteilte. Die Arbeitsgruppe war sich einig, dass die weltweite Verschärfung der Rauschgiftsituation auch in den westeuropäischen Ländern ein immer engeres Zusammenwirken der Strafverfolgungsbehörden über die Ländergrenzen hinweg erfordert. In Westeuropa entwickle sich die Lage „dramatisch“: Das organisierte Verbrechen fasse mehr und mehr Fuss.

In einer Zeit zunehmend offenerer Grenzen und des Abbaus der Zollkontrollen sei es besonders wichtig, Strategien zu entwickeln, die den aggressiven Expansionsbestrebungen der Drogenkartelle und dem Aufbau von Schmuggel- und Verteilerorganisationen wirkungsvoll begegnen, meint die Arbeitsgruppe.

TA 19.4.91